

Keine Kohle für die Kita

Die Kleinkindbetreuung gehört zu den schlechtbezahltesten Arbeiten in Südtirol. Land, Gemeinden und Genossenschaften geben sich gegenseitig die Schuld. Den Betroffenen platzt jetzt der Kragen.



Kita in Mals: Leiterin Valentina Burger liebt ihren Job. „Die Eltern loben uns, gerade auch unsere Flexibilität.“

Danke ... fürs Geduldigein; ... fürs Lachen; ... fürs Windelwechseln; ... fürs Mutmachen; ... für die liebevolle Betreuung“. Auf einem Plakat im Bürozimmer in der Kindertagesstätte Mals hat ein Kind mit seinen Eltern aufgezählt, wofür es den Betreuerinnen Danke sagt. Das Plakat ist mit einem Herz unterschrieben.

Das Kind in der Malser Kita ist eines von derzeit geschätzt vier- bis fünftausend Kindern – die genauen Daten sind noch ausständig –, die in Südtirols Kitas, Kinderhorten und von Tagesmüttern und -vätern betreut werden. Die Kleinkindbetreuung, ein wichtiger Baustein im Bestreben, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen, ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen (siehe Übersicht auf der nächsten Seite): Zwischen 2010 und 2020 hat sich etwa die Anzahl der Kitas

mehr als verdoppelt, die Anzahl der dort betreuten Kinder fast genauso, auch wenn es in den Pandemie Jahren einen Rückgang gab. Die Kita in Mals ist 2015 mit fünf Kindern gestartet, heute sind es über 20.

Gleichzeitig gibt es noch immer an die 20 Gemeinden ohne Betreuungsstätten in Südtirol, und viel zu wenig Betreuungsplätze: Die Wartelisten für einen Kita-Platz sind lang. Allein bei der Sozialgenossenschaft „Die Kinderfreunde“, die 16 Kitas betreibt, warten über 100 Kinder auf einen Platz. In Mals warten 15.

Was sich seit 2010 Zeit praktisch gar nicht verändert hat: Die Kleinkindbetreuerinnen verdienen nach wie vor mit am wenigsten in Südtirol. Ein Brutto-Vollzeitgehalt liegt bei 1.511 Euro monatlich, mit Diplom sind es 130 Euro mehr. Das sind

etwa 1.200 bis 1.350 Euro netto. In der letztverfügbaren Lohn­tabelle des Amtes für Arbeitsmarktbeobachtung aus dem Jahr 2017 landen Kinderbetreuerinnen auf dem letzten Platz.

Wie kann das sein?

Das fragt sich auch Valentina Burger, 26. Sie lebt in Prad und leitet die Kita in Mals. Sie liebt ihren Job, sagt sie. Wir sitzen im eingangs erwähnten Bürozimmer. Am Tisch sitzt auch Hildegard Felder, 47, aus Bruneck, Vizeobfrau der „Kinderfreunde“, die die Kita in Mals betreiben.

Felder ist eigens aus dem Pustertal angereist, um mitzureden. Sie will nicht, dass die Genossenschaften als die Ausbeutenden dargestellt werden. Das hat auch damit zu tun, dass in der Causa „Löhne in der Kleinkindbetreuung“ die Verantwortung immer weitergeschoben wird: von den Genossenschaften zum Land, vom Land zu den Gemeinden, von den Gemeinden zu den Genossenschaften.

Das wiederum hat mit dem Finanzierungsmodell der Kleinkindbetreuung zu tun, das per Landesgesetz geregelt wird: Ein Drittel der Kosten pro Kind und Stunde zahlt das Land, ein Drittel die Gemeinde und ein Drittel die Eltern, wobei weniger verdienende Eltern weniger zahlen und das Land diese Differenz wiederum übernimmt. Im Jahr 2018 gab das Land so beispielsweise rund 16 Millionen Euro an Beiträgen aus, wie aus der Beantwortung einer Landtagsanfrage hervorgeht.



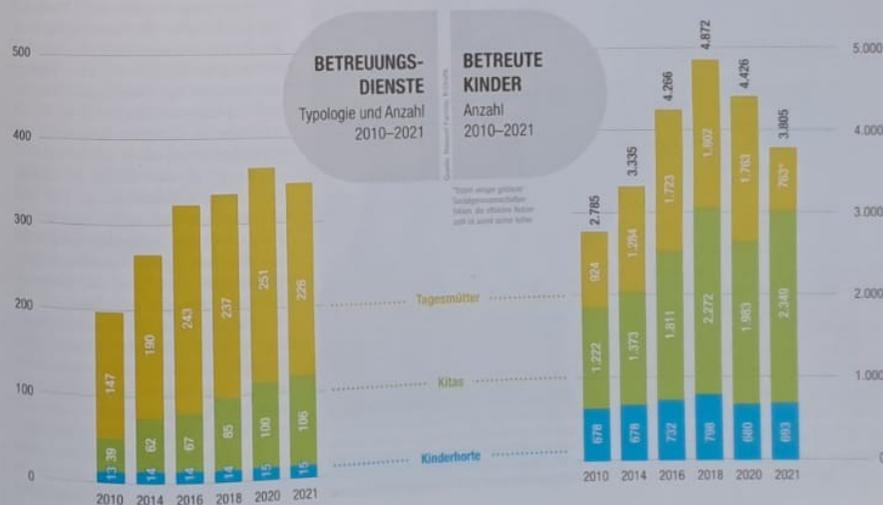
Eltern zahlen je nach Einkommenssituation zwischen 0,90 und 3,65 Euro pro Stunde, die Differenz bezahlt das Land.

Valentina Burger und Hildegard Felder haben das Herumreichen der heißen Kartoffel Kinderbetreuung satt. Burger, die ihre Berufskategorie im Landesverband der Sozialberufe vertritt, verweist auf die Verantwortung im Job: Die Jüngsten hier in Mals sind zehn Monate alt, Säuglinge. Kinder ab drei Monaten können für die Betreuung eingeschrieben werden.

Burgers Arbeitstag beginnt um halb acht mit den ersten Kindern. Zunächst Freispielzeit, während der Burger und ihre Kolleginnen beobachten, dokumentieren, Lerngeschichten schreiben, individuelle Angebote gestalten. Jedes Kind hat seinen eigenen Entwicklungsordner, es gibt Elternabende, Entwicklungsgespräche.

Zwischen halb neun und halb zehn gibt's eine „gleitende Jause“, die Kinder entscheiden selbst, wann sie essen. Danach wieder Freispielzeit und ein gestaltetes Angebot, um halb elf ab nach draußen, ab elf Mittagessen. Um halb eins gehen viele Kinder heim, die restlichen schlafen, nachmittags gibt's noch einmal Jause, Freispielzeit und Angebot, offen hat die Kita bis halb vier. Burger und ihre Kolleginnen putzen selbst, während die Kinder schlafen. Neben den Löhnen kritisieren die Kleinkindbetreuerinnen auch die Arbeitsbedingungen: Warum müssen sie auch putzen, wenn sie eigentlich die erste Bildungseinrichtung im Bildungssystem darstellen?

„Uns fehlt die Wertschätzung“, sagt Valentina Burger. „Wir wissen, dass die Gehälter zu niedrig sind“, sagt Hildegard Felder. Die Summen, die ihre Sozialgenossenschaft von der Gemeinde



bekommt, seien aber schnell ausgeschöpft. Das Problem liege bei der Ausschreibung: Hier gibt es kein gesetzliches Minimum, nur ein Maximum von 14 Euro pro Stunde und Kind. Gut ein Drittel der Gemeinden in Südtirol schreiben für 8 bis 10 Euro aus, ein weiteres Drittel für 10 bis 12 Euro. Wer von den Genossenschaften das beste Angebot macht, gewinnt. Ein Wettlauf nach unten, wie Felder erklärt: In einigen Gemeinden, wo mit 10 Euro pro Stunde ausgeschrieben wird, schreibt ihre Genossenschaft gar ein Minus. Zwischen Gebäudemiete (auch an die Gemeinde zu zahlen), Strom, Heizung und Essen bleibe kein Spielraum für eine Gehaltserhöhung. Felder fordert das Land daher auf, die Stundensätze bei Ausschreibungen verpflichtend zu erhöhen, dann könne man auch die Löhne erhöhen.

Das Land, das ist in diesem Fall Familienlandesrätin Waltraud Deeg. Sie hat schon mehrfach, zuletzt im Sommer, versprochen, die Löhne zu erhöhen, sie auf das Niveau von Mitarbeitenden im Kindergarten anzuheben; das wären monatlich 300 bis 400 Euro mehr. Allein, Burger & Co werden immer wieder vertröstet. Burger: „Man wartet und hofft, aber langsam wird es ein Witz.“ Felder: „Wenn die Löhne um 400 Euro erhöht werden, bräuchten wir mindestens 16 Euro pro Kind und Stunde, um zurechtzukommen.“

Auf die Kritik angesprochen, verweist Landesrätin Deeg auf die Wachstumsraten in der Kleinkindbetreuung – eine Erfolgsgeschichte, die Zahlen sprächen eine klare Sprache: „Soll mir einer sagen, dass die Entwicklung nicht in die richtige Richtung geht!“ Die Löhne seien anzuheben – „solange ich hier sitze, führe ich diesen Kampf schon“, sagt sie, das Geld sei zu finden, „Punkt“.

Nun, bislang scheint Deeg es nicht zu finden, Kampfpapieren hin oder her. Sie stellt den Gemeinden die Rute ins Fenster, die zu billig ausschreiben. Die Gemeinden wiederum berufen sich in der Lohnfrage auf die Genossenschaften. Gemeindevorstandspräsident Andreas Schatzer, für die *ff* bis Redaktionsschluss nicht erreichbar, verwies im Sommer bei *Rai Südtirol* auf die Kollektivverträge: Zuerst seien diese zu regeln, dann könne man über die Ausschreibungen reden.

Diese Gemengelage könnte zur Folge haben, befürchten Hildegard Felder und Valentina Burger, dass der erhoffte Ausbau der Kleinkindbetreuung in Südtirol ins Stocken gerät. Dass trotz massiver Investitionen – zuletzt konnten 15 Millionen europäische Euros für

den Kita-Ausbau gesichert werden – das Personal ausbleibt. Ein zusätzliches Problem stellt dabei die im letzten Jahr von der Landesregierung beschlossene neue Ausbildungsschiene für pädagogische Mitarbeiter:innen im Kindergarten dar: Sie könnten nun in nur einem Jahr die Ausbildung machen, wodurch sich viele gegen die Kita entscheiden. Im Kindergarten verdient man mehr, hat die besseren Arbeitsbedingungen und im Sommer mehr Freizeit.

Chaos und Stillstand: Müsste sich hier grundsätzlich etwas ändern? Maria Elisabeth Rieder, Team K-Landtagsabgeordnete, findet: ja. „Eigentlich“, sagt sie, „wäre die Kleinkindbetreuung ins Bildungssystem zu integrieren, so wie das in anderen Ländern schon der Fall ist.“ Rieder bezweifelt, dass die Auslagerung an Private tatsächlich günstiger sei. Bürokratie und Verwaltung der Genossenschaften koste. Sie fordert: ein festgeschriebenes Recht auf Kleinkindbetreuung und ein flächendeckendes Angebot. Und inzwischen, etwas konkreter: dass in den Kitas pro Platz bezahlt wird, nicht pro Stunde – das verursache unnötig Bürokratie. Ihre Forderungen werden aber regelmäßig im Landtag versenkt. Zuletzt im Juni, das Team K hatte gemeinsam mit Grünen und Landesverband der Sozialberufe Beschlussanträge eingereicht.

Öffentliche Kitas also als die Lösung? Landesrätin Deeg kontert: „Absoluter Nonsens, faktisch würde das den Dienst verschlechtern.“ Man könne nicht alles, was im Privaten nicht funktioniert, ins Öffentliche holen. Private seien flexibler, und das werde von den Eltern geschätzt.

Indes steigt langsam der Druck auf die Landesrätin. Am Samstag fand in Bozen eine Veranstaltung des Landesverbands der Sozialberufe statt. Thema: die Situation der Kleinkindbetreuerinnen. Zu Gast: ASGB-Chef Tony Tschennet. Der ist verärgert, denn auch die Gewerkschaften haben schon ihr Fett abgekriegt, sie seien schuld am fehlenden neuen Kollektivvertrag. Das will sich Tschennet nicht mehr sagen lassen. Bis dato sei eine dringende Aussprache mit allen Beteiligten – Gewerkschaften, Genossenschaften, Land und Gemeinden – aber verwehrt geblieben.

„Dieser Lohn ist unverschäm“, sagt Tschennet. Deshalb will er mit den Beschäftigten noch in diesem Jahr etwas organisieren. Eine Protestkundgebung, vielleicht sogar einen Streik – wenn sich Land und Gemeinden nicht bewegen. Die haben sich auch bislang nicht bewegt.

Alexander van Gerven

„Die Landesrätin sagt immer wieder: Die Lohnerhöhung kommt. Aber langsam ist das ein Witz.“

Valentina Burger, Kita-Leiterin Mals



Valentina Burger (links) und „Kinderfreunde“-Vizeobfrau Hildegard Felder fordern höhere Löhne und eine bessere Finanzierung der Sozialgenossenschaften. Anstatt mehr, könnte es sonst bald weniger Kitas geben.

bekommt, seien aber schnell ausgeschöpft. Das Problem liege bei der Ausschreibung: Hier gibt es kein gesetzliches Minimum, nur ein Maximum von 14 Euro pro Stunde und Kind. Gut ein Drittel der Gemeinden in Südtirol schreiben für 8 bis 10 Euro aus, ein weiteres Drittel für 10 bis 12 Euro. Wer von den Genossenschaften das beste Angebot macht, gewinnt. Ein Wettlauf nach unten, wie Felder erklärt: In einigen Gemeinden, wo mit 10 Euro pro Stunde ausgeschrieben wird, schreibt ihre Genossenschaft gar ein Minus. Zwischen Gebäudemiete (auch an die Gemeinde zu zahlen), Strom, Heizung und Essen bleibe kein Spielraum für eine Gehaltserhöhung. Felder fordert das Land daher auf, die Stundensätze bei Ausschreibungen verpflichtend zu erhöhen, dann könne man auch die Löhne erhöhen.

Das Land, das ist in diesem Fall Familienlandesrätin Waltraud Deeg. Sie hat schon mehrfach, zuletzt im Sommer, versprochen, die Löhne zu erhöhen, sie auf das Niveau von Mitarbeitenden im Kindergarten anzuheben; das wären monatlich 300 bis 400 Euro mehr. Allein, Burger & Co werden immer wieder vertröstet. Burger: „Man wartet und hofft, aber langsam wird es ein Witz.“ Felder: „Wenn die Löhne um 400 Euro erhöht werden, bräuchten wir mindestens 16 Euro pro Kind und Stunde, um zurechtzukommen.“

Auf die Kritik angesprochen, verweist Landesrätin Deeg auf die Wachstumsraten in der Kleinkindbetreuung – eine Erfolgsgeschichte, die Zahlen sprächen eine klare Sprache: „Soll mir einer sagen, dass die Entwicklung nicht in die richtige Richtung geht!“ Die Löhne seien anzuheben – „solange ich hier sitze, führe ich diesen Kampf schon“, sagt sie, das Geld sei zu finden, „Punkt“.

Nun, bislang scheint Deeg es nicht zu finden, Kampfpapieren hin oder her. Sie stellt den Gemeinden die Rute ins Fenster, die zu billig ausschreiben. Die Gemeinden wiederum berufen sich in der Lohnfrage auf die Genossenschaften. Gemeindevorstandspräsident Andreas Schatzer, für die ff bis Redaktionsschluss nicht erreichbar, verwies im Sommer bei Rai Südtirol auf die Kollektivverträge: Zuerst seien diese zu regeln, dann könne man über die Ausschreibungen reden.

Diese Gemengelage könnte zur Folge haben, befürchten Hildegard Felder und Valentina Burger, dass der erhoffte Ausbau der Kleinkindbetreuung in Südtirol ins Stocken gerät. Dass trotz massiver Investitionen – zuletzt konnten 15 Millionen europäische Euros für

den Kita-Ausbau gesichert werden – das Personal ausbleibt. Ein zusätzliches Problem stellt dabei die im letzten Jahr von der Landesregierung beschlossene neue Ausbildungsschiene für pädagogische Mitarbeiter:innen im Kindergarten dar: Sie können nun in nur einem Jahr die Ausbildung machen, wodurch sich viele gegen die Kita entscheiden. Im Kindergarten verdient man mehr, hat die besseren Arbeitsbedingungen und im Sommer mehr Freizeit.

Chaos und Stillstand: Müsste sich hier grundsätzlich etwas ändern? Maria Elisabeth Rieder, Team K-Landtagsabgeordnete, findet: ja. „Eigentlich“, sagt sie, „wäre die Kleinkindbetreuung ins Bildungssystem zu integrieren, so wie das in anderen Ländern schon der Fall ist.“ Rieder bezweifelt, dass die Auslagerung an Private tatsächlich günstiger sei. Bürokratie und Verwaltung der Kleinkindbetreuung koste. Sie fordert: ein festgeschriebenes Recht der Genossenschaften und ein flächendeckendes Angebot. Und auf Kleinkindbetreuung und ein flächendeckendes Angebot. Und inzwischen, etwas konkreter: dass in den Kitas pro Platz bezahlt wird, nicht pro Stunde – das verursache unnötig Bürokratie. Ihre Forderungen werden aber regelmäßig im Landtag versenkt. Zuletzt im Juni, das Team K hatte gemeinsam mit Grünen und Landesverband der Sozialberufe Beschlussanträge eingereicht.

Öffentliche Kitas also als die Lösung? Landesrätin Deeg kontert: „Absoluter Nonsense, faktisch würde das den Dienst verschlechtern.“ Man könne nicht alles, was im Privaten nicht funktioniert, ins Öffentliche holen. Private seien flexibler, und das werde von den Eltern geschätzt.

Indes steigt langsam der Druck auf die Landesrätin. Am Samstag fand in Bozen eine Veranstaltung des Landesverbands der Sozialberufe statt. Thema: die Situation der Kleinkindbetreuerinnen. Zu Gast: ASGB-Chef Tony Tschenett. Der ist verärgert, denn auch die Gewerkschaften haben schon ihr Fett abgekriegt, sie seien schuld am fehlenden neuen Kollektivvertrag. Das will sich Tschenett nicht mehr sagen lassen. Bis dato sei eine dringende Aussprache mit allen Beteiligten – Gewerkschaften, Genossenschaften, Land und Gemeinden – aber verwehrt geblieben.

„Dieser Lohn ist unverschäm“, sagt Tschenett. Deshalb will er mit den Beschäftigten noch in diesem Jahr etwas organisieren. Eine Protestkundgebung, vielleicht sogar einen Streik – wenn sich Land und Gemeinden nicht bewegen.

Die haben sich auch bislang nicht bewegt.

Alexander van Gerven

„Die Landesrätin sagt immer wieder: Die Lohnerhöhung kommt. Aber langsam ist das ein Witz.“

Valentina Burger, Kita-Leiterin Mals



Valentina Burger (links) und „Kinderfreunde“-Vizeobfrau Hildegard Felder fordern höhere Löhne und eine bessere Finanzierung der Sozialgenossenschaften. Anstatt mehr, könnte es sonst bald weniger Kitas geben.